



Kantonsratsbeschluss

betreffend Kantonsbeitrag an die Stadt Zug als Austragungsort der Olympischen Winterspiele 2038

Bericht und Antrag des Regierungsrats
vom 5. Mai 2026

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen eine Vorlage zur hälftigen Beteiligung des Kantons Zug an den Kosten der Stadt Zug als Austragungsort von Spielen der Sportart Eishockey im Rahmen der Olympischen Winterspiele 2038 und erstatten Ihnen dazu nachstehenden Bericht.

Der Bericht ist wie folgt gegliedert:

1.	In Kürze	1
2.	Ausgangslage	2
3.	Projekt «Switzerland 2038»	2
4.	Kantonsbeitrag	3
5.	Finanzielle Auswirkungen und Anpassungen von Leistungsaufträgen	4
5.1	Finanzielle Auswirkungen auf den Kanton	4
5.2	Finanzielle Auswirkungen auf die Gemeinden	4
5.3	Anpassungen von Leistungsaufträgen	5
6.	Inkrafttreten	5
7.	Zeitplan	5
8.	Antrag	6

1. In Kürze

Die Schweiz befindet sich derzeit mit dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) in einem «privilegierten Dialog» für die Organisation der Olympischen und Paralympischen Winterspiele (OPWS) 2038 in der Schweiz. Die Wettkämpfe sollen dezentral stattfinden. An den Kosten von insgesamt rund 2,2 Milliarden Franken¹ sollen sich auch die Austragungsorte beteiligen. Die Stadt Zug ist als Austragungsort für Eishockeyspiele (nur Olympische Winterspiele) vorgesehen. Von der Stadt Zug wird ein finanzieller Beitrag im Umfang von 7,7 Millionen Franken erwartet. Die Stadt Zug hat beim Kanton Zug um eine hälftige Beteiligung an diesen Kosten angefragt. Da für einen entsprechenden Kantonsbeitrag keine genügende Rechtsgrundlage besteht, ist die Zustimmung des Kantonsrats erforderlich.

¹ [Erläuternder Bericht zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens – Unterstützung der Kandidatur, Vorbereitung und Durchführung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2038 – Grundsatz und Planungsbeschluss, Seite 20](#)

2. Ausgangslage

Mit dem Ziel, die OPWS 2038 in die Schweiz zu holen, steht die Schweiz in einem «privilegierten Dialog» mit dem IOC. Der Bund leistet einen finanziellen Beitrag von maximal 200 Millionen Franken an die Durchführung der OPWS 2038 und erwartet eine Beteiligung der Kantone mindestens im gleichen Umfang².

Die Kantone haben sich bereits mit Beschluss der Fachdirektorenkonferenz Geldspiele (FDKG) vom 24. November 2025 bereit erklärt, in den Jahren 2027 bis 2030 jährlich 5 Millionen Franken (insgesamt 20 Millionen Franken) an die Kosten der Paralympischen Winterspiele aus dem Reingewinn der Lotteriegesellschaften zu leisten. Die FDKG stellt in Aussicht, in den Jahren 2031 bis 2034 und 2035 bis 2038 wiederum einen jährlichen Beitrag von 5 Millionen Franken (zweimal 20 Millionen Franken) in den entsprechenden Fonds, der von der Stiftung Sportförderung Schweiz (SFS) verwaltet wird, einzulegen. Für den Kanton Zug bedeutet dies einen Beitrag von rund 1,2 Millionen Franken über die gesamte Unterstützungsperiode von 2027 bis 2038.

Für den verbleibenden Rest der Beteiligung der Kantone von insgesamt 140 Millionen Franken haben grundsätzlich die Austragungsorte aufzukommen, wobei die Austragungskantone entscheiden, ob sie sich an deren Kosten beteiligen.

Die Stadt Zug ist – neben Zürich und Lugano – als Austragungsort für die geplanten Eishockeyturniere (nur Olympische Spiele) vorgesehen. Sollte das IOC Ende 2027 die OPWS 2038 in die Schweiz vergeben, würde damit die Stadt Zug als Austragungsort definitiv feststehen. Voraussetzung dafür ist ein finanzielles Engagement von 7,7 Millionen Franken. Der Zuger Stadtrat hat an seiner Sitzung vom 20. November 2025 entschieden, das Vorhaben finanziell zu unterstützen und hat daraufhin den Regierungsrat angefragt, sich zur Hälfte an den Kosten zu beteiligen.

Von den Austragungsorten wird zudem erwartet, dass sie die öffentliche Sicherheit in ihrem Zuständigkeitsbereich gewährleisten. Der Kanton Zug hat bestätigt, dass er seinen Auftrag im Bereich der Sicherheit wahrnehmen und im Rahmen seiner Zuständigkeiten einen verlässlichen Beitrag dazu leisten wird.

3. Projekt «Switzerland 2038»

Die offizielle Schweizer Kandidatur für die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele läuft unter dem Projekt «Switzerland 2038». Die Spiele sollen dezentral in allen vier Sprachregionen der Schweiz stattfinden.

Das Sportparlament hat an seiner Sitzung vom 23. März 2024 seine Unterstützung für die OPWS 2038 erklärt. Auch der Bundesrat hat in seinem Schreiben vom 27. September 2024 gegenüber dem IOC signalisiert, die Austragung der OPWS 2038 zu unterstützen. Er steht der Austragung von Olympischen und Paralympischen Spielen in der Schweiz positiv gegenüber und sieht darin «Potenzial zur Weiterentwicklung des Sports, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der kulturellen Vielfalt sowie der politischen Tradition der Schweiz». Auch die Kantone haben ihre grundsätzliche Unterstützung bekundet: In ihrer Stellungnahme vom 21. Juni 2024 gegenüber dem Verein Switzerland 2038 hat die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) die

² [Entwurf Bundesbeschluss über die Unterstützung der Kandidatur, Vorbereitung und Durchführung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2038; Art. 2 Bst. a und e](#)

Bereitschaft der Kantone zur weiteren Zusammenarbeit bestätigt. Auch die Konferenz der kantonalen Sportbeauftragten (KKS) beurteilt mit Schreiben vom 30. September 2025 die Diskussion über eine mögliche Zusammenarbeit positiv.

Die Austragung olympischer Eishockeyspiele könnte den Ruf Zugs als bedeutende Eishockeystadt festigen, junge Nachwuchstalente motivieren, den Breitensport fördern und das Gemeinschaftsgefühl innerhalb des Kantons, der Region Zentralschweiz und der gesamten Schweiz stärken. Der Anlass wäre für den Kanton Zug aber auch wirtschaftlich interessant. Dem Kanton würde sich durch den internationalen Grossanlass mit weltweiter Medienberichterstattung eine Chance bieten, sich international zu präsentieren und er könnte sein Ansehen als attraktiver Wirtschafts- und Tourismusstandort weiter stärken. Zudem könnten die Hotellerie und die Gastronomie von zusätzlichen Gästen profitieren. Da die Spiele in der bestehenden OYM hall stattfinden würden, wären keine teuren Neubauten nötig und die vorhandene Infrastruktur könnte nachhaltig genutzt werden.

4. Kantonsbeitrag

Mit Schreiben vom 9. Oktober 2025 ersuchte der Verein Switzerland 2038 den Zuger Stadtrat um einen Beitrag in der Höhe von 7,7 Millionen Franken verteilt über 10 Jahre (2028 bis 2037). Der Zuger Stadtrat wiederum ersuchte mit Schreiben vom 25. November 2025 den Zuger Regierungsrat, sich zur Hälfte an den 7,7 Millionen Franken zu beteiligen. Die Partizipation der Stadt Zug stellt für den Verein einen wichtigen Bestandteil bei der Positionierung der Schweiz als Gastgeberin der OPWS 2038 dar. Der ersuchte Unterstützungsbeitrag wird gemäss dem Schreiben vom 9. Oktober 2025 des Vereins Switzerland 2038 an den Zuger Stadtrat vollumfänglich für lokale Investitionen verwendet, wie der Finanzierung der lokalen Organisation der Veranstaltung, Kosten für die Miete der regionalen Infrastruktur (Eishockey), private Sicherheitsdienste, Reinigung und Abfallentsorgung sowie für die Verpflegung der Freiwilligen. Ebenfalls in diesem Betrag enthalten sind die Personalkosten eines lokalen Organisationskomitees in der geschätzten Höhe von 1 Millionen Franken, weil die Stadt Zug nicht über interne Strukturen verfügt, ein solches Organisationskomitee bereitstellen zu können. Gemäss der vom Verein Switzerland 2038 erstellten Kostenschätzung setzt sich der Unterstützungsbeitrag der Stadt Zug für die Jahre 2028 bis 2037 in der Höhe von 7,7 Millionen Franken wie folgt zusammen:

Unterstützungsbeitrag Stadt Zug

Miete lokale Infrastruktur	2'912'500 Franken
Verpflegung Volunteers	585'000 Franken
Private Sicherheitskosten innerhalb der Austragungsstätten (z.B. Securitas)	1'930'000 Franken
Reinigung und Abfall	600'000 Franken
Personalkosten für lokales Organisationskomitee	1'000'000 Franken
Total rund (inkl. Teuerung 9 %)	7'700'000 Franken

Der von der Stadt Zug geforderte Beitrag ist Teil der rund 140 Millionen Franken, welche die elf Austragungsorte der Olympischen Winterspiele gemeinsam tragen.

Die von den Austragungsorten beizusteuern den Beiträge und die eingangs erwähnten Beiträge des Bundes decken die Gesamtkosten jedoch bei weitem nicht. Deren Beiträge werden um ein Mehrfaches durch zusätzliche Mittel aus der Privatwirtschaft ergänzt. Die privaten Mittel stammen aus Einnahmen aus Medien- und Marketingrechten (678 Mio. Franken), Sponsoring (448 Mio. Franken), Ticketing (413 Mio. Franken), Lizenzen (79 Mio. Franken)

sowie weiteren Erträgen (205 Mio. Franken). Insgesamt beläuft sich das Budget auf rund 2,2 Milliarden Franken.

Für die Austragungskantone und -orte entstehen, nebst den in der Ausgangslage erwähnten, keine weiteren Verpflichtungen.

5. Finanzielle Auswirkungen und Anpassungen von Leistungsaufträgen

5.1 Finanzielle Auswirkungen auf den Kanton

Für eine hälftigen Kantonsbeitrag im Umfang von höchstens 3,85 Millionen Franken an den 7,7 Millionen Franken, um die der Verein Switzerland 2038 die Stadt Zug ersucht hat, besteht aktuell keine genügende Rechtsgrundlage. Daher ist ein Kantonsratsbeschluss (mit Referendumsmöglichkeit) notwendig. Der Beitrag von höchstens 3,85 Millionen Franken erfolgt zu Lasten der Erfolgsrechnung und verteilt sich voraussichtlich über die Jahre 2028 bis 2037. In welchem Jahr welche Teilzahlungen fällig werden, steht derzeit noch nicht fest, weshalb im Finanzplan jeweils ein Zehntel der Gesamtsumme eingesetzt wird. Die Höhe der Teilbeträge richtet sich nach dem in der jeweiligen Rechnungsperiode effektiv angefallenen Aufwand bzw. aus den durch den Verein Switzerland 2038 der Stadt Zug in Rechnung gestellten Beträgen. Die einzelnen Zahlungen vom Kanton an die Stadt Zug erfolgen erst bei Fälligkeit der von der Stadt Zug gestellten Rechnungen und erst nachdem die Stadt Zug ihren Verpflichtungen gegenüber dem Verein nachgekommen ist. Die Gesundheitsdirektion wird ermächtigt, die fälligen Auszahlungen vorzunehmen. Fallen die Kosten der Stadt Zug tiefer aus als 7,7 Millionen Franken, reduziert sich der kantonale Beitrag entsprechend.

A	Investitionsrechnung	2026	2027	2028	2029
1.	Gemäss Budget oder Finanzplan: bereits geplante Ausgaben				
	bereits geplante Einnahmen				
2.	Gemäss vorliegendem Antrag: effektive Ausgaben				
	effektive Einnahmen				
B	Erfolgsrechnung (nur Abschreibungen auf Investitionen)				
3.	Gemäss Budget oder Finanzplan: bereits geplante Abschreibungen				
4.	Gemäss vorliegendem Antrag: effektive Abschreibungen				
C	Erfolgsrechnung (ohne Abschreibungen auf Investitionen)				
5.	Gemäss Budget oder Finanzplan: bereits geplanter Aufwand			385'000	385'000
	bereits geplanter Ertrag				
6.	Gemäss vorliegendem Antrag: effektiver Aufwand			385'000	385'000
	effektiver Ertrag				

5.2 Finanzielle Auswirkungen auf die Gemeinden

Die Vorlage ist Folge davon, dass sich die Stadt Zug als Austragungsstandort der Eishockeyspiele im Rahmen der OPWS 2038 zur Verfügung stellt. Mit diesem Entscheid verpflichtet sich die Stadt Zug auch zu einem finanziellen Engagement. Auf die übrigen Gemeinden hat die Vorlage keine finanziellen Auswirkungen.

5.3 Anpassungen von Leistungsaufträgen

Diese Vorlage hat keine Anpassungen von Leistungsaufträgen zur Folge.

6. Inkrafttreten

Da über eine neue einmalige Ausgabe von mehr als 500'000 Franken entschieden wird, unterliegt der vorliegende Kantonsratsbeschluss dem fakultativen Referendum (§ 34 der Kantonsverfassung [KV; BGS 111.1]). Er kann erst nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist oder nach der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft treten.

Der Beschluss soll zudem nur dann in Kraft treten, wenn das IOC die OWPS 2038 der Schweiz zuspricht und die Stadt Zug als Austragungsort für die Sportart Eishockey bestimmt. Mit einer Wahl des Austragungsorts für die Winterspiele 2038 ist bis spätestens Ende 2027 zu rechnen. Werden die genannten Voraussetzungen erfüllt, wird der Regierungsrat dies feststellen und den Beschluss in Kraft setzen. Andernfalls tritt der Beschluss nicht in Kraft.

7. Zeitplan

1. Juli 2026	Kantonsrat, Kommissionsbestellung
September 2026	Kommissionssitzung(en)
Oktober 2026	Kommissionsbericht
18. November 2026	Beratung Staatswirtschaftskommission
Dezember 2026	Bericht Staatswirtschaftskommission
28. Januar 2027	Kantonsrat, 1. Lesung
25. Februar 2027	Kantonsrat, 2. Lesung
4. März 2027	Publikation Amtsblatt
3. Mai 2027	Ablauf Referendumsfrist
Oktober 2027	Allfällige Volksabstimmung
Januar 2028	mutmassliches Inkrafttreten

8. Antrag

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen, auf die Vorlage Nr. 4118.2 - 18597 einzutreten und ihr zuzustimmen.

Zug, 5. Mai 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Andreas Hostettler

Die stv. Landschreiberin: Renée Spillmann Siegwart